

A k t e n n o t i zDemonstration vom 27. Dezember 1970 vor der sowjetrussischen Botschaft

Am 26. Dezember 1970 (Stephanstag/Samstag), ca. 20Uhr30, läutete mir Minister Schlegelberger von der deutschen Botschaft an und teilte mir mit, dass am 27. Dezember (Sonntag) im Laufe des Nachmittags eine Demonstration vor der sowjetrussischen Botschaft stattfinden. 300 - 400 Personen würden daran teilnehmen. ~~Äusserste~~ Äusserste Vorsicht sei geboten. Aus Furcht, die Gebäude und die Gartenanlagen der deutschen Mission könnten -wie bei der Demonstration im Jahre 1968- Schaden leiden, wünsche die Botschaft dringend, dass alle erforderlichen Absperrungen und vorbeugenden Massnahmen getroffen würden.

Er fügte bei, dass er mit der Berner Polizei Verbindung aufgenommen habe und dass am Samstagvormittag um 10 Uhr in der Residenz des deutschen Botschafters eine Besprechung stattfinden. Da er vom Protokolldienst niemand hätte erreichen können, läute er mir an, mit der Bitte, wenn möglich, an dieser Besprechung teilzunehmen. Ich sagte ihm zu.

Besprechung vom 27. Dezember 1970, 10 Uhr, in der Residenz des deutschen Botschafters.

Anwesend: Botschafter Löns, Minister Schlegelberger, 2 Botschafts-angestellte, Herr Fankhauser/Stadtpolizei, der Unterzeichnete.

Botschafter Löns, der etwas aufgeregt war, wies auf die Demonstration hin, die im Jahre 1968 stattfand und gegen die sowjetrussischen Botschaft gerichtet war. Eine Anzahl Demonstranten seien damals auf das Areal der deutschen Botschaft eingedrungen und hätten verschiedene Beschädigungen verursacht. Der Vorfall, den er selbst nicht erlebt habe, sondern nur aus den Akten kenne, hätte in der Folge zu "unliebsamen Korrespondenzen" geführt. Es sei auch zu bedenken, fügte er bei, dass die deutsche Presse, -nach all dem, was in den letzten Jahren weltweit geschehen sei, : Entführungen usw.-, sich intensiv damit beschäftigen würde, wenn erneut Beschädigungen verursacht würden.

Herr Fankhauser bestätigte, dass die Demonstranten eine Erlaubnis für ihre Kundgebung eingeholt hätten. Botschafter Löns gab hier seiner Verwunderung Ausdruck, dass man überhaupt Demonstrationen vor einer Botschaft offiziell bewillige.

Herr Schlegelberger legte dar, dass er mit dem sowjetrussischen Botschaftsrat Simanovski gesprochen habe. Dieser habe ihm versichert, dass die Wache stehenden Beamten der sowjetrussische Botschaft unfehlbar von der Schusswaffe Gebrauch machen würden, wenn sich ein Demonstrant unberechtigterweise das Areal der Botschaft betrete. Dies gibt Botschafter Löns Veranlassung zu bemerken, dass er sich überlege, auch die Bewaffnung der Angestellten der deutschen Botschaft vorzuschlagen.



Die Erinnerung an die Folgen der früheren Demonstration, die Story der möglicherweise schießenden Russen und der Hinweis, dass ^{es} sich bei diesen Demonstrationen immer "Berufsaufwiegler" gebe, die die friedlichen Teilnehmer aufstachelten, hatten offenbar in Botschafter Löns den Eindruck erwecken lassen, dass es an der nachmittags stattfindenden Demonstration unweigerlich zu Ausschreitungen gegen die deutsche Botschaft kommen werde. Er war sichtlich nervös; zweifellos hatte er die Bersprechung veranlasst, um sich ein Alibi zu schaffen. Er verlangte denn auch umfassende Absperrungen des deutschen Botschaftsareals durch die Polizei. Deren Einsatz anlässlich der kürzlichen Demonstrationen vor der spanischen Botschaft führte er als Beispiel an.

Ich wies darauf hin, dass es der Polizei zweifellos darum ginge, nicht provozierend zu wirken, was durch eine hohe Anzahl von Polizisten der Fall wäre. Herr Fankhauser/Stadtpolizei bestätigte dies; er erklärte, dass er den Einsatzleiter über die Wünsche des deutschen Botschafters orientieren werde.

Anschliessend an die Besprechung fand noch eine Besichtigung des "gefährdeten" Areals der Botschaft statt.

W. Altenburger 

Bern, den 7. Januar 1971

PS. Die am 27. Dezember 1970 durchgeführte Protestkundgebung gegen die Todesurteile im Leningrader Prozess nahm um 15 Uhr ihren Anfang. Die Demonstranten setzten sich fast ausschliesslich aus Personen jüdischen Glaubens zusammen, die ^{aus} verschiedenen Teilen des Landes stammten. Die Kundgebung erfolgte in der Form eines Schweigemarsches. Wie den Zeitungsberichten zu entnehmen war, verlief die Demonstration ruhig und ohne Zwischenfälle.

Beilagen : 2 Flugblätter

ENTSCULDIGUNG

Wir möchten uns in aller Form dafür entschuldigen, dass wir Sie mitten in der Weihnachtszeit durch unsere Kundgebung stören müssen.

Aergern Sie sich aber über uns, so geschieht genau das, was sich kluge Funktionäre in der Sowjetunion ausgerechnet haben, als sie die Prozesse gegen 33 Juden auf diesen Zeitpunkt verlegten. Ohne grosses Aufsehen zu erregen, werden so in Leningrad Juden wegen einer "versuchten Flugzeugentführung" vor Gericht gestellt und verurteilt. Sie haben nichts anderes getan, als in Briefen an den Obersten Sowjet der Sowjetunion, an den Parteichef Breschniew oder an den Generalsekretär der UNO, U Thant, ihrem Wunsch Ausdruck gegeben, nach Israel auswandern zu dürfen. Die Anklage auf "Flugzeugentführung" ist äusserst günstig, da dieses Delikt in der freien Welt, nach all dem was geschehen ist, besonders verpönt ist. Zudem erlaubt es nach russischem Recht den Vollzug der

Todesstrafe

welche im Urteil ausgesprochen wurde. Dies ist der Grund unseres Protestes, denn wenn aus der westlichen Welt keine missbilligenden Proteste eintreffen, ermuntert dies die Sowjetbehörden auf "ihre Weise" das Problem der hunderttausenden Ausreisegesuche jüdischer Bürger zu lösen.

COMITE SUISSE D'ACTION POUR
LES JUIFS D'UNION SOVIETIQUE
GENEVE

AKTION FUER DIE JUDEN
IN RUSSLAND
ZUERICH

Eigendruck

27.12.70

Orientierung über die

PROTESTKUNDGEBUNG GEGEN DIE TODESURTEILE
IM LENINGRADER PROZESS

- 1) Programm : Schweigemarsch zur sowjetischen Botschaft
(Dauer ca. 40 Minuten).
Vor UdSSR-Botschaft stilles Verharren (einige Minuten)
Psalmlesung
Überbringung eines Protestschreibens an den sowjetischen
Botschafter
Verlesung des Briefes eines Verhafteten.
- 2) Die Kundgebung ist ruhig und ernst. Wir fordern alle Teilnehmer
unbedingt auf, durch schweigsames Verhalten während der ganzen
Kundgebung zum würdevollen Verlauf beizutragen.
- 3) Der Schweigemarsch erfolgt geordnet.
- 4) Anwesende Persönlichkeiten sind gebeten, sich zum Organisations-
wagen zu begeben (zwecks Formierung des Zuges).
- 5) Auflösung der Kundgebung :
Nach dem Verlesen des Verhafteten-Briefes ist die Kundgebung
beendet. Man verlässt in Ruhe den Platz vor der sowjetischen
Botschaft. Rückmarsch auf dem Trottoir zum Bahnhof individuell,
bzw. in Gruppen.
- 6) Den Anordnungen des Ordnungsdienstes (weisse Armbinden) ist unbe-
dingt Folge zu leisten.
- 7) Irgendwelche Provokationen gegenüber, gleichgültig welcher Art die-
se auch sein mögen, wird schweigsame und beherrschte Würde bewahrt.
- 8) Züge zurück :
Richtung Zürich 17.07, 17.18, 17.59
Richtung Basel 17.07, 17.39
Richtung Luzern 17.18
Direction Lausanne-Genève 17.53

AKTION FÜR DIE JUDEN IN RUSSLAND

ZÜRICH